Muster-Lernplan Examens-AG
Stand: Juni 2014

Der folgende Lernplan enthält den gesamten zu lernenden Examensstoff, aufgeteilt auf 120 Lektionen (50 Zivilrecht, 30 Strafrecht, 40 Öffentliches Recht). Jede Lektion ist vom Umfang her so bemessen, dass sie im Prinzip an einem Tag bewältigt werden kann.

Konstruieren Sie Ihren Lernplan so, dass Sie in jeder Woche jedem der drei Rechtsgebiete (Zivilrecht, Strafrecht, Öffentliches Recht) wenigstens einen Tag widmen. Da die Klausuren im Examen dicht aufeinander folgen, werden Sie auch dort blitzschnell zwischen den Rechtsgebieten umschalten müssen: Das will vorher trainiert sein!

Legen Sie sich die einzelnen Lektionen nicht zu dicht. Berücksichtigen Sie, dass Sie auch noch mindestens einen Tag in der Woche für Wiederholungen brauchen. Bedenken Sie auch, dass sie vermutlich neben dem Lernpensum auch noch die ein oder andere ausgewählte Veranstaltung an der Uni oder beim Repetitor besuchen wollen bzw. Termine mit Ihrer privaten AG zur Examensvorbereitung haben. Weiterhin sollten Sie spätestens in der zweiten Hälfte der Examensvorbereitungszeit zur Übung auch mindestens eine Klausur pro Woche schreiben. Vor diesem Hintergrund sind mehr als drei Lektionen pro Woche eigentlich nicht realistisch.

Planen Sie die Kerngebiete zuerst ein. Ehe Sie die Kerngebiete in allen drei Rechtsgebieten nicht wenigstens einmal gründlich durchgegangen sind, sollten Sie mit den Nebengebieten nicht beginnen. Kerngebiete sind im Zivilrecht die ersten drei Bücher des BGB, im Strafrecht das materielle Strafrecht ohne StPO und im Öffentlichen Recht das allgemeine Verwaltungsrecht, das Polizeirecht und die Grundrechte.

Lassen Sie zwischen dem Termin der letzten Lektion und dem Examenstermin in jedem Fall mindestens 2-3 Monate Freiraum, um ein etwaiges Nachhinken ausgleichen zu können sowie einzelne Gebiete noch einmal wiederholen und noch unklare Themen erneut angehen zu können.

Zivilrecht

1. Grundprinzipien der BGB-Klausur/Willenserklärung

Prüfungsreihenfolge in der BGB-Klausur, Rechtsbindungswille, Gefälligkeitsverhältnisse, Zugang von Willenserklärungen, Schweigen als Annahme (§ 151 BGB, kaufmännisches Bestätigungsschreiben), Rechtsgeschäfte von Minderjährigen

2. Stellvertretung

Abgrenzung Stellvertretung/Botenschaft, „Geschäft für den, den es angeht", Missbrauch der Vollmacht, Vertreter ohne Vertretungsmacht (§§ 177, 179 BGB), Anscheins- und Duldungsvollmacht, Rechtsscheinshaftung gem. §§ 170-172 BGB, Insichgeschäft (§ 181 BGB)

3. Anfechtung

Abgrenzung Inhalts-/Erklärungsirrtum, Definitionen der Begriffe Eigenschaft, Verkehrswesentlichkeit, Täuschung, Arglist; Doppelanfechtung, Rechtsfolgen der Anfechtung (§§ 142 I, 122 BGB), Verhältnis der Anfechtung zu anderen Rechtsinstituten (c.i.c.; kaufrechtliche Gewährleistung)

4. Leistungsstörungsrecht I

Schadensersatz neben der Leistung (§ 280 I BGB), Schadensersatz statt der Leistung (§§ 280 III, 281-283 BGB), insbesondere bei anfänglicher und nachträglicher Unmöglichkeit (§§ 311a II bzw. 280 I, III, 283 S. 1, 275 I BGB), wirtschaftliche Unmöglichkeit, persönliches Leistungshindernis, Bezugspunkt für das Vertretenmüssen bei §§ 280 I, III, 281 BGB

5. Leistungsstörungsrecht II

Verletzung von Nebenpflichten und vorvertraglichen Pflichten (§§ 311 II, 241 II, 280 I BGB), Verzug (§§ 280 II, 286 BGB), Rücktrittsrecht bei gegenseitigen Verträgen, Rechtsfolgen des Rücktritts, Rückabwicklung bei Dauerschuldverhältnissen

6. Gläubigerannahmeverzug, Wegfall der Geschäftsgrundlage

7. Erfüllung und Erfüllungssurrogate, Schuldnerschutz bei Forderungsabtretung

Leistung an Erfüllungs Statt und erfüllungshalber, Voraussetzungen der Aufrechnung, Schuldnerschutzvorschriften der §§ 404, 406-408 BGB

8. Dritte in Schuldverhältnissen I

Vertrag zugunsten Dritter, Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, Drittschadensliquidation

9. Dritte in Schuldverhältnissen II

Gesamtschuldnerschaft, Abgrenzung zum Zessionsregress (§ 255 BGB), gestörte Gesamtschuld

10. Allgemeine Geschäftsbedingungen, Verbraucherschutz I

Wirksame Einbeziehung von AGBs in Verträge, AGBs gegenüber Kaufleuten, § 305c BGB, Inhaltskontrolle nach §§ 307-309, sich widersprechende AGBs, Dissens (§§ 154, 155 BGB), Rechtsfolgen unwirksamer AGBs, Verbraucherverträge (§§ 312 ff. BGB) Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen und Fernabsatzverträgen, Rechtsfolgen des Widerrufs nach § 357 BGB

11. Verbraucherschutz II

Verbraucherkredit, verbundenes Geschäft, Widerrufs- und Einwendungsdurchgriff (§§ 358, 359 BGB), Verbraucherschutz bei Geschäften über das Internet (§§ 312i f. BGB)

12. Kaufrecht

Kaufrechtliche Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel, Reichweite der Vermutung des § 476, Umfang der Nacherfüllungspflicht gem. § 439 BGB (insbesondere: Ein- und Ausbau; Nutzungsersatz gem. § 439 IV BGB), Selbstvornahme der Reparatur durch den Käufer, Unternehmerregress (§§ 478, 479 BGB), Verhältnis der Gewährleistung zu den Verzugsregeln

13. Miete

Abgrenzung zur Pacht, Sach- und Rechtsmängelhaftung, Verhältnis der Gewährleistung nach Mietrecht zum allgemeinen Schuldrecht, Kauf bricht nicht Miete (§ 566 BGB), Kündigung bei Wohnraummiete, Vermieterpfandrecht

14. Leasing

Finanzierungs- und Operatingleasing, Gefahrtragung und Ausschluss von Gewährleistungsrechten bei der Leasingsache, Rügeobliegenheit gem. § 377 HGB, Beschädigung der Leasingsache durch einen Dritten

15. Werkvertrag, Reisevertrag

Abgrenzung zum Dienstvertrag (§§ 611 ff. BGB) und Werklieferungsvertrag (§ 651 BGB), Gewährleistung beim Werkvertrag, Bauträgervertrag, Reisemängelhaftung, insbesondere bei höherer Gewalt, Abgrenzung Reiserecht zum allgemeinen Schuldrecht

16. Geschäftsführung ohne Auftrag

Begriff des „auch-fremden" Geschäfts, Fremdgeschäftsführungswillen, GoA aufgrund eines nichtigen Vertrages, Selbstaufopferung im Straßenverkehr, Rechtsfolgen der berechtigten und der nicht-berechtigten GoA, angemaßte Eigengeschäftsführung, Verhältnis der GoA zum Gesamtschuldnerausgleich (§ 426 BGB)

17. Bürgschaft

Abgrenzung zu Schuldbeitritt und Garantie, Formgebundenheit (§ 766 BGB), Einreden des Bürgen (§§ 768-771 BGB), Ausgleich mehrerer Sicherungsgeber untereinander, Unwirksamkeit formularmäßiger Globalbürgschaften, Sittenwidrigkeit von Angehörigen- und Arbeitnehmerbürgschaften, Bürgschaft auf erstes Anfordern

18. Bereicherungsrecht I

Einteilung in Leistungs- und Nichtleistungskondiktionen, Vorrang der Leistungskondiktionen, Bereicherungsausgleich im Dreipersonenverhältnis, Anweisungsfälle

19. Bereicherungsrecht II

Verfügung eines Nichtberechtigten gem. § 816 I BGB, Umfang des Bereicherungsanspruches, Entreicherung (§ 818 III BGB), Saldotheorie, verschärfte Haftung (§§ 818 IV, 819 I BGB), Ausschluss nach § 817 S. 2 BGB

20. Deliktsrecht I

Rechtsgüter des § 823 I BGB, allgemeines Persönlichkeitsrecht, Schmerzensgeld (§ 253 II BGB), Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb, Eigentumsverletzung bei Beeinträchtigung des Sachgebrauchs, Fresserschäden, Produzentenhaftung (Überblick mit Produkthaftungsgesetz), Schutzgesetze i. S. v. § 823 II BGB

21. Deliktsrecht II

Deliktische Haftung für Dritte (§§ 830, 831 BGB, 31 BGB, Organisationsverschulden), Gefährdungshaftung (§§ 833 BGB, 7 StVG), quasinegatorischer Abwehranspruch nach §§ 823, 1004 BGB, Grundsatz der Naturalrestitution (§§ 249 ff. BGB), Schadensersatz bei Verkehrsunfällen (Reparaturwert, Prognose- und Werkstattrisiko, fiktive Mietwagenkosten), Mitverschulden (§ 254 BGB)

22. Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb, gutgläubiger Erwerb

Eigentumserwerb nach § 929 S. 1 BGB, Besitzkonstitut gem. §§ 930, 868 BGB, Eigentumsübertragung durch Abtretung des Herausgabeanspruchs (§ 931 BGB), Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs von beweglichen Sachen (§§ 932 ff. BGB)

23. Eigentumsvorbehalt, Anwartschaftsrecht, Sicherungsübereignung

Kollision verlängerter Eigentumsvorbehalt mit Globalzession, Doppelspiel des Besitzmittlers, Raumsicherungsvertrag, Übersicherung, Sicherungseigentum in Zwangsvollstreckung und Insolvenz, Schutz des Anwartschaftsrechts

24. Gesetzlicher Eigentumserwerb

Verbindung, Vermischung und Verarbeitung, Ausgleichsanspruch nach §§ 951, 812 ff. BGB, Verhältnis zum EBV, Ersitzung (§§ 937 ff. BGB), Fruchterwerb (§§ 953 ff. BGB)

25. EBV 1

Anspruchsvoraussetzungen der §§ 985, 1007, 861 BGB, Abschlussfunktion des EBV und Ausnahmen (Fremdbesitzerexzess, Rechtsfortwirkungsansprüche), Aufschwung vom Fremd- zum Eigenbesitzer, „nicht so berechtigter Besitzer"

26. EBV 2

System der §§ 987 ff. BGB, Gleichstellung des rechtsgrundlosen mit dem unentgeltlichen Erwerb bei § 988 BGB, Bösgläubigkeit i. S. v. § 990 BGB bei Minderjährigen und Hilfspersonen, Problem des „nicht mehr berechtigten Besitzers" bei §§ 994 ff. BGB, gutgläubiger Erwerb eines Werkunternehmerpfandrechts (§ 647 BGB)

27. Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb an Grundstücken, öffentlicher Glaube des Grundbuchs, formelles Grundbuchrecht

Voraussetzungen des rechtsgeschäftlichen Erwerbs von Grundstückseigentum (§§ 873, 925 BGB), gutgläubiger Erwerb gem. §§ 892, 893 BGB, formelle Voraussetzungen einer Grundbucheintragung (§§ 13 ff. GBO), materielles Konsensprinzip (§ 20 GBO), Wirksamkeitsvoraussetzungen des Kausalgeschäfts und Heilung nach § 311b BGB, Grundbuchberichtigungsanspruch gem. § 894 BGB

28. Vormerkung, Vorkaufsrecht

Voraussetzungen und Rechtswirkungen der Vormerkung (§§ 883 ff. BGB), gutgläubiger Erst- und Zweiterwerb der Vormerkung, Verhältnis des Dritterwerbers zum Vormerkungsberechtigten, Unterschied zwischen schuldrechtlichem, subjektiv persönlichen und subjektiv dinglichen Vorkaufsrecht (§§ 463 ff., 1094 ff. BGB), preislimitiertes Vorkaufsrecht, Umgehungsfälle

29. Hypothek

Erst- und Zweiterwerb der Hypothek, gutgläubiger (einredefreier) Hypothekenerwerb (§§ 892, 1138, 1157 S. 2 BGB), „Mitreißen der Forderung", Zahlung auf eine Hypothek, Zahlung durch Dritte (§§ 268 III, 1150 BGB)

30. Grundschuld, Nießbrauch, Dienstbarkeit

Unterschiede zwischen Hypothek und Grundschuld, vertragswidrige Trennung von Forderung und Sicherungsgrundschuld, Fortgeltung von Einreden aus dem Sicherungsvertrag gem. § 1192 Ia BGB, Vollstreckung einer Grundschuld (§ 1147 i. V. m. § 1192 I BGB oder §§ 794 I Nr. 5, 800 ZPO), Voraussetzungen des Nießbrauchs, Wettbewerbsverbot als Dienstbarkeit

Nebengebiete:

1. Wirkungen der Ehe, Zugewinnausgleich

Pflicht zur ehelichen Lebensgemeinschaft gem. §§ 1353 BGB, Geschäfte zur angemessenen Deckung des Lebensbedarfs (§ 1357 BGB), Haftungserleichterung gem. § 1359 BGB, Eigentumsvermutung nach § 1362 BGB,

Verfügungsbeschränkungen in der Zugewinngemeinschaft (§§ 1365, 1369 BGB), Grundzüge des Zugewinnausgleichs unter Lebenden (§§ 1372-1390 BGB)

2. Probleme nichtehelicher Lebensgemeinschaften

Ausgleich von Zuwendungen nach dem Scheitern der nichtehlichen Lebensgemeinschaft, die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Mietrecht

3. Gesetzliche Erbfolge, Pflichtteilsrecht

Prüfungsreihenfolge in der erbrechtlichen Klausur, Prinzip der Universalsukzession und der Erbfolge nach Stämmen (§§ 1922 ff. BGB), Ehegattenerbrecht (§ 1371 BGB), Berechnung des Pflichtteils, Pflichtteilsrestanspruch (§ 2307 BGB), Pflichtteilsergänzungsanspruch (§§ 2325, 2329 BGB)

4. Verfügung von Todes wegen (vTw)

Formen der Verfügung vTw (Testament, Ehegattentestament und Erbvertrag), Wirksamkeitsvoraussetzungen eines Testaments, Auslegung, Widerruf und Anfechtung eines Testaments

5. Sonderformen der Verfügung vTw

Auflage, Vermächtnis, Teilungsanordnung (§ 2048 BGB), Vor- und Nacherbschaft, Berliner Testament (insbesondere Bindung des überlebenden Ehegatten, Trennungsprinzip, Einheitsprinzip, Wiederverheiratungsklausel)

6. Miterbengemeinschaft

Auseinandersetzung der Miterbengemeinschaft, Verfügungsrecht am Nachlassanteil, Nachlassverwaltung (§ 2038 BGB) im Innen- und Außenverhältnis

7. Erbschaftsanspruch, Erbschein

Verhältnis des Erbschaftsanspruchs (§§ 2018 ff. BGB) zu §§ 985 ff. BGB, Prinzip der dinglichen Surrogation nach § 2019 BGB, Verhältnis des Erben zum Erbschaftsbesitzer nach §§ 2020 ff. BGB, Voraussetzungen des Gutglaubenserwerbs vom Scheinerben (§§ 2366, 2367 BGB), Zusammenspiel mit §§ 892 ff., 932 ff. BGB, Erbschaftsbesitz (§ 857 BGB), Ausnahme vom Voreintragungsgrundsatz im Erbfall (§ 40 GBO)

8. Schenkung von Todes wegen, Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall

Abgrenzung der Schenkung von Todes wegen (§ 2301 BGB) zur auf den Tod befristeten Schenkung sowie der Schenkung unter Lebenden, Begriff des „lebzeitigen Vollzugs" (§ 2301 II BGB), Vertrag zugunsten Dritter auf den Todesfall (§ 331 BGB)

9. Handelsrecht

Begriff des Kaufmanns (§§ 1 ff. HGB) und der Firma (§§ 17 ff. HGB), Publizität des Handelsregisters (§ 15 HGB), Ernennung und Befugnisse eines Prokuristen (§§ 48 ff. HGB), Sonderregelungen für Handelsgeschäfte (§§ 343 ff. HGB, insbesondere Schutz des guten Glaubens an die Verfügungsbefugnis gem. § 366 HGB und Rügeobliegenheit gem. § 377 f. HGB)

10. Gründung, Vertretung und Haftung bei OHG und KG

Entstehung der OHG im Innen- und Außenverhältnis (§§ 108, 123 II HGB), Geschäftsführung (§§ 114 ff. HGB) und Vertretung der OHG nach außen (§§ 125-127 HGB), Prinzip der Selbstorganschaft, Gesellschafterhaftung nach § 128 HGB, Sozialansprüche und –verpflichtungen, actio pro socio, zur KG (§§ 161 ff. HGB): Haftung des Kommanditisten vor und nach Leistung der Einlage

11. Haftungsstruktur der BGB-Gesellschaft

Rechtsfähigkeit der BGB-Gesellschaft nach der Rspr. des BGH, analoge Anwendung von § 31 BGB, Haftung der Gesellschafter nach § 128 HGB analog, Ausgleichungspflicht unter BGB-Gesellschaftern, die BGB-Gesellschaft im Grundbuch (§ 899a BGB)

12. Die Gesellschaft in der Zwangsvollstreckung (ZV), Vererbung von Gesellschaftsanteilen, faktische Gesellschaft, GmbH

ZV gegen die Gesellschaft, ZV in einen Gesellschaftsanteil, Rechtsfolgen beim Tod eines Gesellschafters, rechtsgeschäftliche und erbrechtliche Nachfolgeklauseln, Ausgleichsanspruch unter den Erben nach § 2050 BGB analog, Voraussetzungen und Rechtsfolgen der faktischen Gesellschaft, Grundprinzipien der GmbH (Entstehung, Vor-GmbH und Vorgründungs-GmbH, Rechtsfähigkeit)

13. Grundprinzipien des Arbeitsrechts

Rechtsquellen des Arbeitsrechts (Gesetze, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen, Arbeitsvertrag, betriebliche Übung), Begriff des Arbeitnehmers, faktischer Arbeitsvertrag, arbeitsrechtliches Haftungsprivileg, Direktionsrecht des Arbeitgebers gem. § 315 III S. 1 BGB, Annahmeverzug des Arbeitgebers (§ 615 BGB), Betriebsrisikolehre, Günstigkeitsprinzip

14. Kündigungsschutzklage

Unterschiede zwischen ordentlicher und außerordentlicher Kündigung und Umdeutung gem. § 140 BGB, Anwendbarkeit des KSchG, Kündigungsgründe nach dem KSchG, wichtiger Grund i. S. v. § 626 BGB, Befugnisse des Betriebsrats (§ 102 BetrVG), besonderer Kündigungsschutz (§§ 9 MuSchG, 85 ff. SGB IX, 15 KSchG, 103 BetrVG), Klagefrist, Weiterbeschäftigungsanspruch, Abfindungsanspruch gem. § 9 I KSchG

15. Grundzüge Erkenntnisverfahren ZPO

Voraussetzungen und Wirkungen der Rechtshängigkeit (§§ 253, 261 ZPO), ordnungsgemäße Klageschrift, sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts, Zuständigkeitsbegründung durch rügeloses Verhandeln zur Hauptsache (§ 39 ZPO), Parteifähigkeit, Klageänderung (§§ 263, 267 ZPO), Streitverkündung, Rechtskrafterstreckung und doppelt gutgläubiger Erwerb (§§ 265, 325 ZPO), Versäumnisurteil, Vergleich, Mahnverfahren

16. Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung, Pfändungspfandrecht

Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung („Titel, Klausel, Zustellung"), Wirkungen der Pfändung (Verstrickung, Pfändungspfandrecht), Pfändung schuldnerfremder Sachen, Ersteigerung der Sache durch den Vollstreckungsgläubiger selbst (§ 817 IV ZPO)

17. Zwangsvollstreckung in Forderungen

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss, Besonderheiten der Pfändung von Arbeitseinkommen, Wirkungen der Drittschuldnererklärung gem. § 840 ZPO, Pfändung einer nicht existierenden Forderung, Pfändung sonstiger Rechte gem. §§ 857 ff. ZPO, insbesondere Pfändung eines Anwartschaftsrechts

18. Zwangsvollstreckung in Grundstücke, Haftungsverband

Gegenstand der ZV in das Grundstück, Haftungsverband (§§ 90 II, 55 I, 20 II ZVG, 1120 ff. BGB), Arten der ZV in Grundstücke (Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung, Zwangshypothek), Wirkung der Eintragung des Zwangsversteigerungsbeschlusses auf das Zubehör (§ 23 II S. 2 ZVG), Begriff des geringsten Gebots (§§ 44 ff. ZVG)

19. Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung

Vollstreckungserinnerung (§ 766 ZPO), Vollstreckungsgegenklage (§ 767 ZPO), Drittwiderspruchsklage (§ 771 ZPO), Klage auf vorzugsweise Befriedigung (§ 805 ZPO)

20. IPR

Umfang der deutschen Gerichtsbarkeit, Funktion von Kollisionsnormen im internationalen Privatrecht, Grundtechnik des deutschen IPR (Art. 3, 4 EGBGB), ordre public (Art. 6 EGBGB), Verordnungen Rom-I und Rom-II (vor allem Vertragsstatut und Verbraucherschutz)

Strafrecht

1. Kausalität und Zurechnung, dolus eventualis

conditio-sine-qua-non-Formel, alternative und kumulative Kausalität, Lehre von der objektiven Zurechnung, eigenverantwortliches Eingreifen eines Dritten in den Kausalverlauf, Vorsatzformen, Abgrenzung des dolus eventualis zur bewussten Fahrlässigkeit

2. Rechtfertigungsgründe, Entschuldigungsgründe

Voraussetzungen der Notwehr (§ 32 StGB), sozialethische Einschränkungen des Notwehrrechts, Notwehrprovokation, Schusswaffengebrauch bei der Notwehr, fehlendes subjektives Rechtfertigungselement, Notwehrexzess (§ 33 StGB), rechtfertigende Notstände (§§ 228, 904 BGB, 34 StGB), Festnahmerecht nach § 127 I StPO, rechtfertigende Pflichtenkollision, Schuldfähigkeit (§§ 19-21 StGB), entschuldigender Notstand (§ 35 StGB), übergesetzlicher entschuldigender Notstand

3. Irrtümer

Abgrenzung des error in persona vel objecto zur aberratio ictus, Tatbestandsirrtum (§ 16 StGB), Verbotsirrtum (§ 17 StGB), Prüfungsaufbau und Theorienstreit zum Erlaubnistatbestandsirrtum (ETBI)

4. Versuch

Versuchsaufbau, Unterscheidung zwischen untauglichem Versuch und Wahndelikt, Begriff des unmittelbaren Ansetzens zur Tat, Versuch bei Regelbeispielen, Rücktritt vom Versuch, Abgrenzung unbeendeter und beendeter Versuch, Freiwilligkeit, Rücktritt vom Versuch beim Erreichen des außertatbestandlichen Handlungsziels („Denkzettel-Fall"), Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten (§ 24 II StGB), Rücktritt trotz Vollendung und tätige Reue

5. Unterlassungsdelikt

Abgrenzung Tun zu Unterlassen, Kausalität beim Unterlassungsdelikt, Typen der Garantenpflicht, Versuchsbeginn und Rücktritt beim Unterlassungsdelikt, rechtfertigende Pflichtenkollision, echte Unterlassungsdelikte (§§ 123 I 2. Alt., 138, 142 II, 323c StGB)

6. Fahrlässigkeit

Aufbau des Fahrlässigkeitsdelikts, Begriff der objektiven Sorgfaltspflichtverletzung, Pflichtwidrigkeitszusammenhang, Lehre vom Schutzzweck der Norm, Rechtfertigung des Fahrlässigkeitsdelikts, freiverantwortliche Selbstgefährdung des Opfers

7. Mittäterschaft (§ 25 II StGB)

Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme (subjektive und objektive Theorie), sukzessive Mittäterschaft, Versuchsbeginn bei der Mittäterschaft, Mittäterschaft und Irrtum, Mittäter-Exzess, Prüfung in der Klausur: Getrennt oder zusammen?

8. Mittelbare Täterschaft (§ 25 I 2. Alt. StGB)

Voraussetzungen der mittelbaren Täterschaft, Fälle des Täters hinter dem Täter (insbesondere Schreibtischtäter, Katzenkönig-Fall), Versuch und Rücktritt bei der mittelbaren Täterschaft

9. Anstiftung und Beihilfe

Aufbau von Anstiftung und Beihilfe, Doppelvorsatz, agent provocateur, versuchte Anstiftung nach § 30 StGB, Akzessorietätslockerung nach § 28 StGB, Kausalität bei der Beihilfe

10. Irrtümer in Mehrpersonen-Konstellationen

Auswirkungen des error in persona des Vordermanns auf den Hintermann (mittelbarer Täter/Anstifter), Irrtümer über die Tatherrschaft (Hintermann geht von mittelbarer Täterschaft aus, Vordermann ist aber selbst Täter bzw. Hintermann geht von Anstiftung aus, Vordermann ist aber Tatmittler)

11. Das erfolgsqualifizierte Delikt

Aufbau des erfolgsqualifizierten Delikts, gefahrenspezifischer Zusammenhang, Versuch des erfolgsqualifizierten Delikts, Rücktritt vom versuchten erfolgsqualifizierten Delikt, Beteiligung am erfolgsqualifizierten Delikt

12. Konkurrenzen, Wahlfeststellung, Garantiefunktion des Strafrechts, Internationales Strafrecht

Tateinheit (§ 52 StGB), Tatmehrheit (§ 53 StGB) und Gesetzeskonkurrenz (Spezialität, Subsidiarität, Konsumtion), natürliche Handlungseinheit und Verklammerung, echte und unechte Wahlfeststellung, in dubio pro reo, Bestimmtheitsgebot, Rückwirkungsverbot, Analogieverbot, Anwendbarkeit deutschen Strafrechts (§ 3 ff. StGB)

13. Diebstahl

Wegnahme, Gewahrsamsbegriff, Abgrenzung Trickdiebstahl-Betrug, Zueignungsabsicht (Aneignung/Enteignung), Gebrauchsanmaßung, Sachwertzueignung, Rechtswidrigkeit der Zueignung, Regelbeispiele des § 243 StGB, Begriff des gefährlichen Werkzeugs und der Bande i. S. v. § 244 StGB

14. Raub & Co.

Raub (§ 249 StGB): Gewalt und Drohung, vis absoluta und vis compulsiva, Finalzusammenhang zwischen Nötigungsmittel und Wegnahme, Abgrenzung Raub und räuberische Erpressung (§§ 253, 255 StGB), Scheinwaffenproblematik im Rahmen des § 250 I Nr. 1b StGB, Voraussetzungen des räuberischen Diebstahls (§ 252 StGB), Erpresserischer Menschenraub (§ 239a StGB) und Geiselnahme (§ 239b StGB) in Zwei-Personen-Konstellationen

15. Betrug I

Täuschungsbegriff, konkludente Täuschung und Täuschung durch Unterlassen, Vermögensverfügung, Vermögensbegriff, Vermögensschaden bei gutgläubigem Erwerb, persönlicher Schadenseinschlag, Betrug bei bestehendem Widerrufsrecht

16. Betrug II

Dreiecksbetrug, Zweckverfehlungslehre, Anstellungsbetrug, Submissionsbetrug, Wettbetrug, Prozessbetrug, Bereicherungsabsicht, Stoffgleichheit

17. Untreue/Unterschlagung

Missbrauchs- und Treubruchstatbestand, Vermögensbetreuungspflicht, Untreue als Pflichtdelikt; Unterschlagung (§ 246 StGB) bei vorangegangenem Vermögensdelikt: Tatbestands- und Konkurrenzlösung, Fundunterschlagung (Abgrenzung zum Diebstahl), veruntreuende Unterschlagung

18. Urkundsdelikte

Urkundsbegriff, Namenstäuschung, Identitätstäuschung, Geistigkeitstheorie, Urkundseigenschaft einer Kopie, zusammengesetzte Urkunden, Abgrenzung des Beweiszeichens zum Kennzeichen, Straflosigkeit der schriftlichen Lüge, Schutz öffentlicher Urkunden (§§ 348, 271 StGB), Urkundenbeschädigung und –unterdrückung (§ 274 StGB), Begriff der technischen Aufzeichung (§ 268 StGB)

19. Computerdelikte, Scheckkartendelikte

Schutzzweck und Systematik des § 263a StGB, unbefugte Verwendung einer Code- oder Kreditkarte durch den berechtigten Karteninhaber, Einsatz einer gestohlenen EC-Karte, Automatenmanipulation, Anwendungsbereich des § 266b StGB, andere Computerdelikte (§§ 202a, 303a StGB)

20. Begünstigung, Strafvereitelung, Hehlerei, Geldwäsche

Abgrenzung sukzessive Beihilfe/Begünstigung (§ 257 StGB), Privilegierungen bei der Strafvereitelung (§ 258 StGB), Auslegung des Begriffs der Absatzhilfe bei der Hehlerei (§ 259 StGB), Ersatzhehlerei, Perpetuierungstheorie, Merkmal des „Herrührens" bei der Geldwäsche (§ 261 StGB)

21. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte I

Aufbau der Tötungsdelikte (Verhältnis § 211 StGB zu § 212 StGB), Mordmerkmale der niedrigen Beweggründe, Heimtücke und Verdeckungsabsicht, Anforderungen an den Tötungsvorsatz, Tatbestandsverschiebung nach § 28 StGB bei mehreren Beteiligten, Körperverletzung (§ 223 StGB), unbewegliche Gegenstände als Werkzeug i. S. v. § 224 StGB, Körperverletzung mit Todesfolge (§ 227 StGB), Verhältnis der vollendeten KV zur versuchten Tötung

22. Tötungs- und Körperverletzungsdelikte II

Voraussetzungen der Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB), Abgrenzung zur Beihilfe zum Selbstmord, Strafbarkeitsgrenzen ärztlicher Sterbehilfe, Voraussetzungen der rechtfertigenden Einwilligung in ärztliche Heileingriffe (bei Erwachsenen und Kindern, „Zeugen-Jehovas-Fall")

23. Straßenverkehrsdelikte

Abgrenzung §§ 315b/315c StGB, § 315c StGB als konkretes Gefährdungsdelikt und echte Vorsatz-Fahrlässigkeitskombination, absolute und relative Fahruntüchtigkeit, strafbarer Vollrausch (§ 323a StGB) und actio libera in causa, Rückrechnungsformeln, Unfallflucht (§ 142 StGB)

24. Brandstiftung

Geschützte Rechtsgüter der §§ 306, 306a StGB, Begriff des Inbrandsetzens, teleologische Reduktion des § 306a I Nr. 1 StGB, Entwidmung, Versicherungsmissbrauch (§ 265 StGB) als Straftat i. S. v. § 306 II Nr. 2 StGB, Brandstiftung mit Todesfolge (§ 306c StGB) in den „Retterfällen", Verhältnis der Qualifikationen der Brandstiftungsdelikte zueinander

25. Sonstige Delikte I

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§ 113 StGB), Hausfriedensbruch (§ 123 StGB), Vortäuschen einer Straftat (§ 145d StGB), Aussagedelikte (§§ 153 ff. StGB), Falsche Verdächtigung (§ 164 StGB)

26. Sonstige Delikte II

Beleidigung (§§ 185 ff. StGB), Straftaten gegen den persönlichen Lebens- und Geheimnisbereich (§§ 201 ff. StGB), Freiheitsberaubung (§ 239 StGB), Nötigung (§ 240 StGB), Sachbeschädigung (§ 303 StGB), unterlassene Hilfeleistung (§ 323c StGB)

27. Prinzipien und Ablauf des Strafverfahrens

Legalitätsgrundsatz, Stadien des Strafverfahrens (Ermittlungsverfahren, Zwischenverfahren, Hauptverfahren), Ablauf der Hauptverhandlung, Verteidigerrechte, Befangenheit von Verfahrenspersonen, Grundsatz der freien Beweiswürdigung, Verfahrensbeendigung durch Verfahrenseinstellung (§§ 153a ff. StPO), Privatklage, Verfahrensabsprachen (§ 257c StPO)

28. Ermittlungsverfahren

Voraussetzungen von Beschlagnahme, Durchsuchung und Haftbefehl; vorläufige Festnahme nach § 127 StPO, körperliche Untersuchung nach § 81a StPO, Rechtsmittel im Ermittlungsverfahren

29. Beschuldigter und Zeuge im Verfahren

Belehrungspflicht und Schweigerecht des Beschuldigten nach §§ 136, 243 IV StPO, Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte nach § 52 ff. StPO, Verbot und Absehen von Vereidigung (§§ 60 f. StPO), Verwertbarkeit von Spontanäußerungen und Aussagen gegen den Mitbeschuldigten (formeller und materieller Mitbeschuldigtenbegriff)

30. Folgen rechtswidriger Beweisgewinnung

Verwertbarkeit von Aussagen aus dem Ermittlungsverfahren bei Geltendmachung eines Schweigerechts im Hauptverfahren, Verbot der Protokollverlesung (§ 250 S. 2 StPO), Vernehmung der Verhörsperson, Zeugnisverweigerungsrecht gem. § 252 StPO in der Hauptverhandlung, der Ermittlungsrichter als Verhörsperson, „fruit-of-the-poisonous-tree"-Doktrin, Rechtskreistheorie

Öffentliches Recht

1. Verwaltungsakt

Begriffsmerkmale des Verwaltungsaktes nach § 35 S. 1 VwVfG, Allgemeinverfügung (§ 35 S. 2 VwVfG), Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Verwaltungsakts, Bestandskraft, Nebenbestimmungen des VA (§ 36 VwVfG)

2. Klagearten der VwGO

Voraussetzungen der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage (§ 42 I VwGO), allgemeine Leistungsklage, Feststellungsklage (§ 43 I VwGO), abstrakte Normenkontrolle gem. § 47 VwGO

3. Fortsetzungsfeststellungsklage (FFK)

Voraussetzungen der FFK gem. § 113 I S. 4 VwGO, analoge Anwendung auf Erledigung vor Klageerhebung und auf die Verpflichtungsklage, Verhältnis zur allgemeinen Feststellungsklage (§ 43 I VwGO), Fortsetzungsfeststellungsinteresse, Entbehrlichkeit des Widerspruchsverfahrens bei Erledigung innerhalb der Widerspruchsfrist, Entbehrlichkeit einer Klagefrist

4. Subjektiv-öffentliches Recht

Zweck und Anwendungsbereich der Klagebefugnis gem. § 42 II VwGO, Prüfung der Klagebefugnis in der Klausur, Möglichkeitstheorie, Arten von subjektiv-öffentlichen Rechten (einfachgesetzliche Normen, Sonderbeziehung, Grundrechte, EU-Recht), kein Recht auf ermessensfehlerfreie Entscheidung, Verbandsklage, Rolle von Art. 19 IV GG im verwaltungsgerichtlichen Verfahren

5. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges

Generalklausel des § 40 I VwGO, Begriff der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit, Abgrenzungstheorien (Interessentheorie, Subordinationstheorie, modifizierte Subjektstheorie), Zweistufentheorie bei öffentlichen Einrichtungen und Subventionen, öffentlich-rechtliches Hausrecht, auf- und abdrängende Sonderzuweisungen, Zuständigkeit gem. §§ 17 II, 17a GVG

6. Probleme des Widerspruchsverfahrens

Das Vorverfahren in seiner Doppelrolle als Zulässigkeitsvoraussetzung und eigenständiger Klausur-Rechtsbehelf, Auswirkung von sachlichen Einlassungen der Behörde bei Verfristung des Widerspruchs,

reformatio in peius, isolierte Anfechtung eines Widerspruchsbescheides, Klausuraufbau der Zulässigkeit und Begründetheit eines Widerspruchs

7. Vorläufiger Rechtsschutz gem. §§ 80 V, 80a VwGO

Abgrenzung vorläufiger Rechtsschutz gem. §§ 80 V, 80a VwGO zu § 123 VwGO, Voraussetzungen und Prüfungsaufbau des § 80 V VwGO, Unterschied zwischen Anordnung (§ 80 II S. 1 Nr. 1-3 VwGO) und Wiederherstellung (§ 80 II S. 1 Nr. 4 VwGO) der aufschiebenden Wirkung, Feststellung der Rechtswidrigkeit faktischen Vollzugs (§ 80 V VwGO analog), besondere Voraussetzungen der Anordnung der sofortigen Vollziehbarkeit (§ 80 II S. 1 Nr. 4, III VwGO), Verfahren bei VA mit Drittwirkung (§ 80a I, III VwGO)

8. Vorläufiger Rechtsschutz gem. § 123 VwGO

Voraussetzungen und Prüfungsaufbau des § 123 VwGO, Sicherungs- und Regelungsanordnung, Anordnungsanspruch und -grund, Vorwegnahme der Hauptsache

9. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessen

Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum, Ermessen und Ermessensfehler (Ermessensüberschreitung, Ermessensunterschreitung, Ermessensfehlgebrauch), Ermessensreduktion auf Null, norminterpretierende und normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften, Ermessensrichtlinien, Anspruch auf Gleichbehandlung aus Art. 3 I GG i. V. m. Verwaltungspraxis

10. Öffentlich-rechtlicher Vertrag

Abgrenzung öffentlich-rechtlicher zu privatrechtlichem Vertrag, Wirksamkeitsvoraussetzungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages, koordinations- und subordinationsrechtlicher Vertrag, Nichtigkeitsgründe gem. § 59 VwVfG, Voraussetzungen des Austauschvertrags nach § 56 VwVfG, Anwendbarkeit des BGB (§ 62 S. 2 VwVfG), prozessuale Behandlung des öffentlich-rechtlichen Vertrages

11. Polizeirecht I

Polizeiliche Generalklausel (§§ 1, 3 PolG), Begriff der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung, Gefahrbegriff, Anscheinsgefahr, Scheingefahr, Gefahrverdacht, Gefahrerforschungsmaßnahmen, Haftung auf der Primär- und Sekundärebene, Handlungs- und Zustandsstörer (§§ 6, 7 PolG), Zweckveranlasser, latenter Störer, Rechtsnachfolge in die Störerhaftung, Polizeipflicht von Hoheitsträgern, unmittelbare Ausführung (§ 8 PolG), Inanspruchnahme als Nichtstörer (§ 9 PolG)

12. Polizeirecht II

Polizeiverordnung (§§ 10 ff. PolG), Standardmaßnahmen (§§ 26 ff. PolG), Zuständigkeit der allgemeinen Polizeibehörden und des Polizeivollzugsdienstes (§§ 59 f. PolG), Abgrenzung zwischen präventivem und repressivem Tätigwerden der Polizei (abdrängende Sonderzuweisung nach § 23 EGGVG)

13. Verwaltungsvollstreckung

Voraussetzungen der Vollstreckung nach dem LVwVG, Erfordernis der Rechtmäßigkeit der Grundverfügung i. S. v. § 2 LVwVG, Arten der Verwaltungsvollstreckung (Zwangsgeld, Zwangshaft, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang), Abgrenzung der Vollstreckung nach LVwVG zur unmittelbaren Ausführung gem. § 8 II PolG, Besonderheiten des Abschleppens von Kfz, Rechtsbehelfe in der Verwaltungsvollstreckung

14. Grundzüge des Baurechts

Gesetzliche Grundlagen des Baurechts (Bauplanungs- und Bauordnungsrecht), Funktion des Flächennutzungsplans, Voraussetzungen für den Erlass eines Bebauungsplans, Beachtlichkeit von Fehlern gem. §§ 214, 215 BauGB, Veränderungssperre

15. Vorhaben im Planbereich, Vorhaben im Innenbereich

Anwendung und Systematik der BauNVO im Plan- und im Innenbereich, Rücksichtnahmegebot des § 15 BauNVO, Ausnahmen vom Bebauungsplan nach § 31 BauGB, Begriff des Innenbereichs (in Abgrenzung zum Außenbereich) und des „Einfügens" in § 34 BauGB

16. Vorhaben im Außenbereich, Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB

Bauvorhaben im Außenbereich, Privilegierte gem. § 35 I BauGB, öffentliche Belange i. S. v. § 35 III BauGB, Bestandsschutz, Förderung der Windkraft im Außenbereich, Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB, VA-Charakter des Einvernehmens, kongruentes/inkongruentes Prüfungsrecht, rechtswidrig versagtes Einvernehmen, Einvernehmenserfordernis bei Zusammenfallen von Gemeinde und Baubehörde, Ersetzung des rechtswidrig versagten Einvernehmens gem. § 54 IV LBO

17. Drittschutz im Baurecht

Begriff des Nachbarn im Baurecht, nachbarschützende Vorschriften im Bauplanungs- und Bauordnungsrecht, Funktion und gesetzliche Konkretisierung des Rücksichtnahmegebots, Abwehrrechte zwischen Gemeinden, Abgrenzung zum privaten Nachbarrecht

18. Bauordnungsrechtliche Verfügungen

Baugenehmigung (§ 58 LBO), Bauvorbescheid (§ 57 LBO), verfahrensfreie Vorhaben (§ 50 LBO) und Kenntnisgabeverfahren (§ 51 LBO), vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren (§ 52 LBO), bauordnungsrechtliche Generalklausel (§ 47 I S. 2 LBO), Baueinstellung (§ 64 LBO), Voraussetzungen einer Abbruchsanordnung gem. § 65 LBO (formelle und materielle Illegalität), Schwarzbau, Aufbau der Baubehörden nach §§ 48, 46 LBO, 15 LVG

19. Grundzüge des Kommunalrechts

Verfassungsrechtliche Grundlagen (Art. 28 II GG), Struktur der kommunalen Verwaltung (Gemeinden, Landkreise, Stadtkreis, Große Kreisstädte), Rechte des Gemeinderats und des Bürgermeisters (§§ 18 ff. GO), Zulässigkeitsvoraussetzungen des Kommunalverfassungsstreits

20. Öffentliche Einrichtungen der Kommunen

Zugangsanspruch zu öffentlichen Einrichtungen der Kommune nach § 10 II S. 2 GO, Widmung, öffentliche Einrichtung in der Form des Privatrechts, Einwirkungsanspruch und Anspruch aus § 826 BGB, Zugangsanspruch Gebietsfremder, Verhältnis zu §§ 70 GewO, 5 PartG, Anschluss- und Benutzungszwang gem. § 11 GO

21. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Formen kommunaler wirtschaftlicher Betätigung (Regiebetrieb, Eigenbetrieb, Eigengesellschaft), Rechtsschutz privater Konkurrenten, drittschützender Charakter von § 102 I Nr. 3 GO, Verhältnis zum zivilrechtlichen Rechtsschutz nach UWG und § 20 GWB, Ansiedelungs- und Folgekostenverträge, Befugnisse der Rechtsaufsicht über die Kommunen (§§ 118 ff. GO)

22. Staatshaftungsrecht I

Amtshaftungsanspruch (§ 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG), Folgenbeseitigungsanspruch, öffentlich-rechtlicher Unterlassungsanspruch, öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch

23. Staatshaftungsrecht II

Enteignender und enteignungsgleicher Eingriff, verwaltungsrechtliche Schuldverhältnisse, § 55 PolG, Ansprüche aus Aufopferung

24. Die Grundrechtsprüfung in der Klausur

Aufbau einer Grundrechtsprüfung, persönlicher und sachlicher Schutzbereich, Grundrechtsschutz von EU-Bürgern und juristischen Personen (Art. 19 III GG), Eingriffsbegriff, mittelbar faktischer Eingriff, Rechtfertigung des Eingriffs, einfacher und qualifizierter Gesetzesvorbehalt, verfassungsimmanente Schranken, Prüfung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes (Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit), mittelbare Drittwirkung der Grundrechte im Privatrecht

25. Grundrechte aus Art. 2 GG, Religionsfreiheit (Art. 4 GG)

Schutzbereich und Schranken der allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 I GG), Funktion als subsidiäres Auffanggrundrecht, allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 I i. V. m. 1 I GG), Religionsfreiheit (Art. 4 I, 140 GG i. V. m. 136 ff. WRV), Kirchen als Grundrechtsberechtigte und –verpflichtete, religiöse Äußerungen im staatlichen Bereich (Kruzifix-Urteil, Kopftuch), Schutz des Ritus (Schächten, Muezzin-Ruf etc.), Verbot religiöser Vereinigungen

26. Meinungsfreiheit (Art. 5 I GG), Kunstfreiheit (Art. 5 III GG)

Definition der Meinung und Abgrenzung zur Tatsachenbehauptung, Pressefreiheit, Begriff der allgemeinen Gesetze i. S. v. Art. 5 II GG, Wechselwirkungslehre, Abwehr von hoheitlichen Äußerungen, insbesondere behördliche Warnungen, Begriff der Kunst i. S. v. Art. 5 III GG, Werk- und Wirkbereich, Kunstfreiheit und allgemeines Persönlichkeitsrecht, Satire

27. Versammlungsfreiheit

Begriff der Versammlung i. S. v. Art. 8 I GG, Gesetzgebungskompetenz im Versammlungsrecht, Voraussetzungen eines Versammlungsverbots, Anmeldepflicht, Spontan- und Eildemonstrationen, Eingriffe in Versammlungen durch Standardmaßnahmen nach dem PolG (§§ 26 ff. PolG) als mildere Mittel gegenüber der Auflösung,

Maßnahmen im Vorfeld einer Versammlung, Überwälzung von Reinigungskosten im Nachgang einer Versammlung

28. Berufsfreiheit (Art. 12 GG)

Definition des Berufes, Ausschlusskriterium der Verbotenheit bzw. Sozialschädlichkeit, einheitliches Grundrecht der Berufswahl- und Berufsausübungsfreiheit, Begriff der „berufsregelnden Tendenz", Prüfungsaufbau der Dreistufentheorie (Berufsausübung, subjektive und objektive Berufszulassungsschranken mit den jeweiligen Eingriffsvoraussetzungen)

29. Eigentum (Art. 14 GG)

Begriff des Eigentums gem. Art. 14 GG, öffentlich-rechtliche Rechtspositionen als Eigentum i. S. v. Art. 14 GG, Abgrenzung zu Art. 12 GG, eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb, Abgrenzung zwischen Inhalts- und Schrankenbestimmung (Art. 14 I S. 2 GG) und Enteignung (Art. 14 III GG), Voraussetzungen der Enteignung, Legal- und Administrativenteignung, Enteignung zugunsten Privater (Fall Teststrecke Boxberg), salvatorische Klauseln, Folgen des Nassauskiesungsbeschlusses des BVerfG (keine Umdeutung rechtswidriger Inhalts- und Schrankenbestimmung in Enteignung, kein „dulde und liquidiere"), entschädigungspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmungen (Pflichtexemplarfall)

30. Vereinigungsfreiheit (Art. 9 I GG), Freizügigkeit (Art. 11 GG), Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG)

Begriff des Vereins i. S. v. Art. 9 I GG und nach VereinsG, Mitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Zwangskörperschaften, Schutz von Ausländervereinen, Schutz von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie (Art. 9 III GG), Begriff und Grenzen der Freizügigkeit nach Art. 11 GG, Begriff der Wohnung i. S. v. Art. 13 GG, Schutz von Betriebs- und Geschäftsräumen, Abgrenzung der Durchsuchung zu sonstigen Eingriffen

31. Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 I GG)

Prüfungsaufbau des Art. 3 I GG, Verhältnis zu den speziellen Gleichheitssätzen (Art. 3 II, III, 6 V, 33 I-III, 38 I S. 1 GG), Willkürverbot und neue Formel, Geltung im Bereich der Leistungs- und der Fiskalverwaltung, keine Gleichheit im Unrecht, Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 3 I GG durch den Gesetzgeber

32. Beamtenrechtliche Konkurrentenklage (Art. 33 II GG)

Anspruch auf fehlerfreie Auswahlentscheidung aus Art. 33 II GG, Leistungsgrundsatz, Prinzip der Bestenauslese, Beurteilungsspielraum bei der Auswahlentscheidung, hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 V GG) Rechtsschutz gegen die negative Auswahlentscheidung: Mitteilungsanspruch (Art. 33 II GG i. V. m. Art. 19 IV GG), Außenwirkung von Be-, Ver- und Umsetzung, Verpflichtungsklage als Bescheidungsklage (§ 113 V S. 2 VwGO), Prinzip der Ämterstabilität, vorläufiger Rechtsschutz im Beamtenrecht, Herstellungsanspruch

33. Kernelemente des Demokratieprinzips

Volkssouveränität, Zulässigkeit von Volksabstimmungen, Gewaltenteilung, Rolle der Parteien (Art. 21 GG), Parteienprivileg gem. Art. 21 II GG, Wahlrechtsgrundsätze des Art. 38 I S. 1 GG, freies Mandat der Abgeordneten gem. Art 38 I S. 2 GG, Verhältnis von Bundestag zu Bundesregierung, konstruktives Misstrauensvotum (Art. 68 GG), Prinzip der „streitbaren Demokratie", Ewigkeitsklausel (Art. 79 III GG)

34. Rechtsstaatsprinzip, Bundesstaatsprinzip, Gesetzgebungsverfahren

Normhierarchie, Gesetzesvorbehalt, Wesentlichkeitstheorie, Voraussetzungen für den Erlass von Verordnungen gem. Art. 80 I S. 2, 3 GG, Bestimmtheitsgebot, Rückwirkungsverbot, Gesetzgebungskompetenz nach Art. 70 ff. GG, Verwaltungskompetenzen gem. Art. 83, 84 GG, Finanzverfassung des GG (Grundzüge), Verfassungsmäßigkeit von Sonderabgaben, Gesetzgebungsverfahren, Einspruchs- und Zustimmungsgesetze, Beachtlichkeit der GOBT und der GOBR im Gesetzgebungsverfahren, Prüfungsrecht des Bundespräsidenten

35. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Voraussetzungen der Verfassungsbeschwerde (Art. 93 I Nr. 4a GG), des Organstreitverfahrens (Art. 93 I Nr. 1 GG), der abstrakten Normenkontrolle (Art. 93 I Nr. 2 GG) und der konkreten Normenkontrolle (Art. 100 GG) nach GG und BVerfGG, Erlass einer einstweiligen Anordnung (§ 32 BVerfGG)

36. Abschluss völkerrechtlicher Verträge, Auslandseinsätze der Bundeswehr

Abschluss- und Transformationskompetenz, Verbands- und Organkompetenz, Art. 32 I, 59 II GG, Erforderlichkeit einer Ratifikation durch den Bundestag, vorbeugende Normenkontrolle, Verhältnis Art. 87d GG zu Art. 24 I GG, Mitwirkungsbefugnisse der Länder im Bereich der Ländergesetzgebungszuständigkeiten, Lindauer Abkommen

37. Aufbau der Europäischen Union, Verordnungen und Richtlinien

Struktur der EU, Organe (insbesondere Rat, Kommission und Parlament), Vertrag von Lissabon, Primär- und Sekundärrecht, unmittelbare Wirkung von Richtlinien gem. Art. 288 AEUV, Schadensersatzpflicht des Mitgliedstaates bei Nichtumsetzung von Richtlinien („Francovich"-Entscheidung), Umsetzung des Anspruchs in das deutsche Staatshaftungsrecht

38. Die Grundfreiheiten des Binnenmarktes

Die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes (freier Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen), Warenverkehrsfreiheit (Art. 34 ff. AEUV), Maßnahmen „gleicher Wirkung", Dassonville-Formel, Keck-Formel, Ausnahmen nach Art. 36 AEUV, Cassis-de-Dijon-Formel, Abgrenzung der Niederlassungs- von der Dienstleistungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Diskriminierungsverbot, Inländerdiskriminierung und Art. 3 I GG, Niederlassungsfreiheit ausländischer Gesellschaften (Gründungs- und Sitztheorie)

39. Verhältnis EU-Recht zu GG, Vorabentscheidungsverfahren, EuGH als gesetzlicher Richter i. S. v. Art. 101 I S. 2 GG

„Solange"-Rechtsprechung des BVerfG, europäischer Einigungsprozess und Ewigkeitsklausel (Art. 79 III GG), Lissabon- und Euro-Rettungsschirm-Urteil des BVerfG, Voraussetzungen des Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 267 AEUV, Vorlagepflicht des letztinstanzlichen nationalen Gerichts, acte-clair-Theorie und acte-éclaré, EuGH als gesetzlicher Richter i. S. v. Art. 101 I S. 2 GG

40. Rücknahme EG-rechtswidriger Subventionen nach §§ 48, 49 VwVfG

Erforderlichkeit eines Notifizierungsverfahrens nach Art. 108 III AEUV für Subventionen, europarechtskonforme Auslegung von §§ 48, 49 VwVfG, Prinzip des „effet-utile" (Art. 4 III S. 2 EUV) und seine Auswirkung auf Vertrauensschutz und Rücknahmefristen, Anwendung der Rückforderungsgrundsätze auf vertraglich gewährte Subventionen